

EU-Technikfolgenabschätzung zu 5G: Nachgewiesene Risiken erfordern Strahlenreduzierung und 5G- Ausbaustopp Komitee zur Technikfolgenabschätzung des EU- Parlaments (STOA) legt 200-seitigen Review vor

Das Science and Technology Options Assessment (STOA) Komitee publizierte im Juni 2021 einen Review über die Erkenntnisse zu den Risiken von 5G und Mobilfunkstrahlung älterer Generationen (GSM, UMTS, LTE). Die Studie fordert die Verringerung der Strahlenbelastung sowie einen Ausbaustopp für 5G. diagnose:funk listet hier die wichtigsten Erkenntnisse des Reviews auf. Die deutsche Übersetzung der Studie liegt als download und als gedruckte Ausgabe vor; in einem „Brennpunkt“ veröffentlicht diagnose:funk die Zusammenfassung und eine Bewertung der Studie.



Europ. ParlamentQuelle: europarl.europa.eu

Das **S**cience and **T**echnology **O**ptions **A**ssessment (STOA) Komitee befasst sich mit Wissenschaft und Technikfolgenabschätzung und veröffentlicht wissenschaftliche Studien, die als Entscheidungsgrundlage für EU-Parlamentarier dienen. Die nun vorliegende Studie (Review) trägt den sperrigen Titel „Gesundheitliche Auswirkungen von 5G. Aktueller Kenntnisstand über die mit 5G verbundenen karzinogenen und reproduktiven Entwicklungsrisiken, wie sie sich aus epidemiologischen Studien und experimentellen In-vivo-Studien ergeben“. Sie wurde von einer Arbeitsgruppe des **Ramazzini-Instituts (Bologna)** unter Leitung von Dr. Fiorella Belpoggi verfasst und von externen Wissenschaftlern begleitet.

Es ist nach unserer Kenntnis die bisher umfangreichste Aufarbeitung des Forschungsstandes zu Mobilfunkstrahlung und Gesundheit. Dabei wurden sowohl Studien zu den niedrigen Mobilfunkfrequenzen (450 MHz bis 6 GHz) als auch zu den geplanten hohen 5G-Frequenzen (24 bis 100 GHz) untersucht. Dadurch stellt der Review auch **eine Bewertung der Gesundheitsgefahren durch den Mobilfunk insgesamt** zu Krebs und zu verminderter Fruchtbarkeit dar.

Die Strahlenschutzpolitik weltweit ist durch diese groß angelegte, seriöse Studie mit klaren Ergebnissen und politischen Forderungen konfrontiert. Die Ergebnisse von uns zusammengefasst:

- In der Zusammenschau der Ergebnisse aus der Epidemiologie, in-vivo und in-vitro Studien liegen Nachweise (engl.: limited evidence / sufficient evidence) für ein krebsauslösendes Potenzial v.a. der bisher angewandten Frequenzbereiche von GSM, UMTS, LTE und 5G (450 bis 6.000 MHz) vor, ebenso zu negativen Auswirkungen auf die Fruchtbarkeit.
- Zu 5G im höheren Frequenzbereich (24 bis 100 GHz) liegen keine angemessenen Studien vor. Deswegen bezeichnet die Studie 5G als ein Experiment an der Bevölkerung.
- Bei der Beurteilung müssen die nichtthermischen Auswirkungen berücksichtigt werden, was bisher nicht gemacht wurde. Dafür wird die ICNIRP (International Commission on Non-Ionizing Radiation Protection) direkt kritisiert (siehe [1]). Ihre Richtlinien haben keine Schutzfunktion.
- Die Autoren der Studie fordern die Reduzierung der Strahlenbelastung, einen 5G-Ausbaustopp (für 5G im hohen Frequenzbereich, also 24 bis 100 GHz), Forschungen über die hohen 5G-Frequenzen, Aufklärung der Bevölkerung und den Schwerpunkt auf den Ausbau von Glasfasernetzen.

Verharmlosungen der Studienlage werden zurückgewiesen

Die Studie setzt sich an vielen Stellen mit der **ICNIRP** und damit auch mit dem deutschen Bundesamt für Strahlenschutz auseinander. Diese beiden Institutionen verharmlosen regelmäßig brisante Studienergebnisse und nachgewiesene Risiken der Mobilfunkstrahlung. Deren Einwände zu Ergebnissen der NTP- und Ramazzini-Studien werden im Review zurückgewiesen, in der STOA-Studie heißt es:

"Folglich können die Ergebnisse der beiden Laboratorien nicht als „zufällig“ interpretiert werden. Die NTP- und Ramazzini-Studien zeigen, dass die Annahme, dass HF-Strahlung keine anderen gesundheitlichen Auswirkungen als die Erwärmung von Gewebe verursachen kann, wissenschaftlich nicht fundiert ist." (S. 146)[1]

Die politischen Forderungen der STOA-Studie zusammengefasst

„7.1 Entscheidung für eine neue Technologie für Mobiltelefone, die eine Verringerung der HF-Belastung ermöglicht

7.2 Überarbeitung der Expositionsgrenzwerte für die Öffentlichkeit und die Umwelt, um die HF-Exposition durch Mobilfunkmasten zu verringern

7.3 Verabschiedung von Maßnahmen, die Anreize zur Verringerung der HF-EMF-Exposition schaffen

7.4 Förderung multidisziplinärer wissenschaftlicher Forschung, um die langfristigen gesundheitlichen Auswirkungen von 5G zu bewerten und eine geeignete Methode zur Überwachung der Exposition gegenüber 5G zu finden

7.5 Förderung von Informationskampagnen über 5G.“ (S. 152 ff)



Protest in Stuttgart-Wolfbusch 2015 Bild: diagnose:funk

Anmerkung zum Bild oben: Die STOA-Studie bestätigt: Der Protest der Bürgerinitiativen ist berechtigt.

[diagnose:funk fordert politische Konsequenzen aus den wissenschaftlichen Erkenntnissen](#)

Dieser 200-seitige Review der STOA muss politische Konsequenzen haben: Die Strahlenbelastung muss massiv sinken! Denn es liegen inzwischen die Ergebnisse der **NTP-Studie**, der **Ramazzini-Studie**, der **AUVA-Studien** und der **BERENIS-Studie (Schürmann/Mevisen)** und **112 Reviews** (Stand März 2022) vor, die in ihrer Gesamtheit DNA-Strangbrüche, Krebsrisiken, Wirkungen auf die **Reproduktionsorgane** und als Schädigungsmechanismus **oxidativen Zellstress** als nachgewiesen belegen. Die Kriterien nicht nur für eine Vorsorgepolitik, sondern bereits für eine Gefahrenabwehr sind erfüllt und die völlige **Untauglichkeit der geltenden Grenzwerte** ist nachgewiesen. Die Entscheidungsträger in Politik und Mobilfunkindustrie müssen sich der Aussage der STOA-Studie stellen:

- **„Die Einführung der MMW-5G-Technologie [Millimeterwellen, also 5G+ ab 24 GHz, Anmerkung d:f] ohne weitere Präventivstudien würde bedeuten, dass ein „Experiment“ an der menschlichen Bevölkerung durchgeführt wird, dessen Folgen völlig ungewiss sind.“**

Die Bevölkerung muss über die Risiken informiert werden, die Schutzverordnungen und Grenzwerte müssen an den Stand der Forschung angepasst und es muss eine Politik der Strahlenminimierung mit staatlichen regulatorischen Maßnahmen durchgesetzt werden.

diagnose:funk fordert Ärzteverbände und Politiker, insbesondere aus dem Gesundheitswesen, auf, sich mit diesen Dokumenten zu befassen und daraus notwendige Veränderungen in der Strahlenschutz- und Industriepolitik einzuleiten.